

Karl Kaser

DIE SERBISCHE BÜRGERLICHE POLITIK IN BOSNIEN UND DER HERCEGOVINA VOM ENDE DER ANNEXIONSKRISE BIS ZUM ENDE DER ERSTEN SABORSESSION (1909—1911)

Die serbische Politik war durch die Annexion Bosniens und der Hercegovina im Oktober 1908 in eine schwierige Situation gekommen. Die Maxime der Serbischen Volksorganisation/SVO (im November 1907 gegründete politische Dachorganisation, der alle serbischen politischen Gruppierungen mit Ausnahme der Serbischen Selbstständigen Partei/SSP des Dr. Lazar Dimitrijević angehörten) waren bis zur Annexion: 1) Opposition zur österreichisch-ungarischen Verwaltung in Zusammenarbeit mit den mohammedanischen Politikern und Verwirklichung einer autonomen Stellung Bosniens und der Hercegovina, 2) Verfolgung einer streng serbisch-nationalen Konzeption, die Bosnien-Hercegovina als serbische Länder und deren Bewohner (Mohammedaner und Kroaten eingeschlossen) als Serben reklamierte. Die einflußlose SSP verfolgte von vornherein einen anderen Weg. Sie wollte ihre Ziele nur in enger Zusammenarbeit mit der bosnischen Landesregierung verfolgen und vertrat nationalpolitisch die serbokroatische Konzeption, die das serbisch-nationale Hegemoniestreben zugunsten einer gleichberechtigten Anerkennung der Kroaten aufgab (Devise: Die Bewohner Bosniens und der Hercegovina bilden ein einziges Volk, das mit den zwei verschiedenen Termini »Serben« und »Kroaten« bezeichnet wird).

Durch die Annexion geriet die erste Maxime serbischer Politik ins Wanken, weil erstens eine Autonomie in weite Ferne gerückt war und weil zweitens die mohammedanischen Politiker in der veränderten Situation keine andere Möglichkeit sahen, als ihre oppositionelle Haltung aufzugeben. Für die Pragmatiker innerhalb der SVO stellte sich das Problem, daß sie erstens angesichts der bevorstehenden, erstmaligen Wahlen in den Landtag/Sabor koalitionsfähig bleiben wollten

und zweitens versuchen mußten, ein Bündnis zwischen Mohammedanern und Kroaten zu verhindern, um einer dadurch drohenden Isolierung entgehen zu können. Beides war aber in der gegebenen Situation nur möglich, wenn man die oppositionelle Haltung aufgab. Die Frage des einzuschlagenden Kurses trieb die SVO in den Monaten nach der Annexion mehrmals an den Rand der Spaltung. Innerhalb der SVO standen sich im großen und ganzen zwei Gruppierungen gegenüber. Die eine Gruppe, die sich um die Zeitung »Srpska Riječ« sammelnden Vertreter des serbischen Handelsbürgertums, trat offen für eine Zusammenarbeit mit der Landesregierung ein. Die zweite Gruppe, sich zum Großteil aus der noch jungen serbischen Intelligenz rekrutierend, trat für die Beibehaltung des oppositionellen Kurses ein.

War das Aufgeben der ersten Maxime schon nicht ohne schwere Belastung der SVO möglich, so sollte sich in den folgenden Monaten zeigen, daß auch die zweite Maxime, die serbische nationalpolitische Konzeption, nicht zu halten war.

I

Da die Gruppe um die »Srpska Riječ« keine Möglichkeit sah, die gesamte SVO dauerhaft auf dem regierungsfreundlichen Kurs zu halten, war sie bestrebt, Partner innerhalb und außerhalb der SVO zu finden, mit denen man eine eigene loyale politische Gruppierung bilden konnte.

Der erste Anlauf dazu war der Versuch einer Fusion mit der SSP. Die Fusion mit dieser Partei hätte eventuell eine Koalition mit dem Kroatischen Nationalverein/KNV des Nikola Mandić ermöglicht. Die erste Verhandlungsrunde fand am 7. April 1909 statt. Seitens der »Srpska Riječ« — Gruppe nahmen daran teil: Gligorije Jeftanović, Milan Srškić, Danilo Dimović, R.H. Damjanović, Milan Jojkić u.a. Seitens der SSP nahmen teil: Lazar Dimitrijević und der Pope Jokanović. Das Ziel der Verhandlungen war die Gründung einer loyalen serbischen Partei, die eine »realistische« Politik betreiben sollte. Die »Srpska Riječ« sollte das publizistische Organ der neuen Partei werden. Die Minorität der Anwesenden trat für die Form einer bloßen Koalition ein, die Mehrheit sprach sich für eine Fusion auf der Basis des SSP-Programmes aus.¹⁾

ABKÜRZUNGEN:

KKV — Kroatisch-katholische Vereinigung
KNV — Kroatischer Nationalverein
MVO — Mohammedanischen Volksorganisation
SSP — Serbische Selbstständige Partei
SVO — Serbische Volksorganisation

¹⁾ Fritz von Reinöl, *Großserbische Umtriebe vor und nach Ausbruch des ersten Weltkrieges*, I. Der Fall Jeftanović—Sola—Gavrila, Wien 1944 (= Veröffentlichungen des Reichsarchivs Wien, Reihe I), S. 22.

Eine weitere Verhandlungsrunde am 12. April verlief ergebnislos, weil sich Jeftanović gegen eine Fusion sperrte.²⁾ Nach einem letzten Versuch scheiterte das Projekt an prinzipiellen Auffassungsunterschieden über die Modalitäten einer Zusammenarbeit.³⁾

Nach diesem gescheiterten Versuch wollte man in einem zweiten Anlauf versuchen, die gemäßigten Vertreter aus der SVO herauszuziehen, um mit diesen eine neue politische Gruppierung zu gründen, die zu einer Zusammenarbeit mit der Verwaltung bereit war. Auf einer für den 11. Juli 1909 nach Sarajevo einberufenen Vertrauensmännerkonferenz der SVO sollte u.a. auch der erste Schritt zur Gründung einer solchen Partei unternommen werden. Die Partei sollte Serbische Volkspartei/Srpska Narodna Stranka heißen. Als eifrigste Befürworter einer Parteigründung taten sich Milan Jojkić und R.H. Damjanović hervor. Aber auch dieser Versuch scheiterte, weil außer der Händlerschaft von Sarajevo sich alle Vertrauensmänner gegen eine solche Vorgangsweise aussprachen.⁴⁾

Nachdem auch dieses Experiment gescheitert war, wurden am folgenden Tag gemeinsame Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen in den Sabor beschlossen. Der erste organisatorische Schritt war die Konstituierung eines Generalwahlkomitees.⁵⁾ Dem Generalwahlkomitee wurden von der Vertrauensmännerversammlung folgende Direktiven für das zu erstellende Wahlprogramm und für die Taktik im Wahlkampf mitgegeben: 1) die Forderung nach einer Autonomie habe das grundsätzliche Ziel aller Bestrebungen zu sein, 2) das Wahlrecht habe auf breitester Grundlage zu stehen, 3) die Regierung müsse dem Sabor gegenüber verantwortlich sein, 4) die Serben hätten eine oppositionelle Haltung einzunehmen, 5) ein Einvernehmen mit den Mohammedanern unter gleichzeitiger Negation des Kroamentums sei herzustellen, und 6) sollte die »Srpska Riječ« wieder auf eine oppositionelle Schreibweise übergehen.⁶⁾ Die oppositionelle Strömung innerhalb der SVO scheint sich also durchgesetzt zu haben. Schließlich wurde noch beschlossen, daß bezirksweise gewählte Versammlungen das Wahiprogramm begutachten und genehmigen sollten.⁷⁾

²⁾ Edba, Nr. 33.

³⁾ Edba, Nr. 45.

⁴⁾ Arhiv Bosne i Hercegovine/Sarajevo, Archiv des Gemeinsamen Finanzministeriums-Prasidialakten (= PrBH), 507/1910; Landesregierung (LR) an das Gemeinsame Finanzministerium (GFM) vom 16. 4. 1910.

⁵⁾ In dieses wurden bestellt: GligoriJe Jeftanović, R.H. Damjanović, Milan Jojkić, Vasilj Grdić, Vaso Crnogorčević, Kosta Kujundžić, Nikola Stojanović, Jovo Malić und Mihajlo Blagojević. Vertreter der regierungsfreundlichen und oppositionellen Strömung hielten sich in diesem Gremium ungefähr die Waage. »Српска Ријеч«, Лист за политику, просвјету и привреду, 206/24. 9. 1909.

⁶⁾ Reinöhl, S. 66f.

⁷⁾ Edba, S. 66.

Im Oktober und November 1909 fanden die konstituierenden Sitzungen der Kreiswahlausschüsse statt. Jeder Gemeindesprengel sollte je einen Vertreter, jede städtische Gemeinde je zwei Vertreter in die Kreishauptstadt entsenden. Diese Versammlung hatte den Kreiswahlausschuß, bestehend aus fünf Personen, zu wählen, insgesamt also dreißig Personen. Die Arbeit der Wahlausschüsse hatte bis zur Ausschreibung der Wahlen zu ruhen.

Im Rahmen dieser organisatorischen Maßnahmen wurde der dritte Versuch unternommen, eine gemäßigte politische Organisation auf die Beine zu stellen. Bei den Wahlen der Kreiswahlkomitees versuchte die Gruppe um die »Srpska Riječ« alles, um ihre Gesinnungsgenossen durchzubringen.⁸⁾ Würde zumindest eine Mehrheit der dreißig gewählten Vertreter der gemäßigten Richtung angehören — so die Berechnung der Protagonisten des gemäßigten Kurses, wäre die ursprünglich oppositionelle SVO in eine regierungsnah umgewandelt worden. Dieser Plan muß als gescheitert betrachtet werden, wie die Zusammensetzung der Kreiswahlkomitees und die Diskussion um das Wahlprogramm der SVO zeigen sollten.

Die Umwandlung des auf der Gründungsversammlung der SVO gewählten Haupt — oder Exekutivausschusses der SVO in einen sog. Verfassungsausschuß im Jahr 1908 war eine formale Angelegenheit gewesen. Die aktuelle Situation vor der Annexion hatte keine Veränderung der organisatorischen Strukturen der SVO erfordert. Die bevorstehenden Wahlen erzwangen jedoch eine Umstrukturierung der Organisation. Sie mußte in der zweiten Etappe ihrer organisatorischen Entwicklung in eine Wahlorganisation umfunktionierte werden. Das einzige Ziel der SVO in dieser Phase war die Erringung möglichst vieler Mandate bei den bevorstehenden Wahlen.

Die innere Organisationsstruktur wurde vollständig der neuen Aufgabe angepaßt. Der Verfassungsausschuß als oberstes Organ der SVO wurde vom Generalwahlkomitee abgelöst. Dieses bildete eine zentrale Koordinierungsstelle und hatte die Aufgabe, ein Wahlprogramm zu entwerfen. Mit der Konstituierung der fünfköpfigen Wahlkreiskomitees hatte sich die SVO erstmals auf mittlerer Organisationsebene eine Organisation gegeben. Die Hauptaufgabe der Wahlkreiskomitees bestand darin, für die Kandidaten der SVO in den Kreisen zu agitieren. Daneben waren sie beauftragt, Volksversammlungen durchzuführen, auf denen das Wahlprogramm der SVO diskutiert und verabschiedet werden sollte. Wenn das Programm auf breiter Basis diskutiert worden war, sollte auf einer Vollversammlung der SVO — Wahlkreiskomitees plus Generalwahlkomitee, insgesamt 39 Personen, daher auch Ausschuß der Neununddreißig genannt — das Wahlprogramm endgültig beschlossen werden. Die Vollversammlung hatte auch

⁸⁾ Arhiv Bosne i Hercegovine/Sarajevo, Archiv der Landesregierung-Präsidialakten (= ZV), 5693/res./1909; Kreisbehörde Travnik an die LR vom 2. 11. 1909.

die Auswahl der Kandidaten für die Wahlen zu treffen. Die Vorschläge für die Erstellung der Kandidatenliste wurden von den Wahlkreiskomitees erstellt.⁹⁾

Zwar hatte die SVO eine neue Organisationsstruktur bekommen, die personelle Zusammensetzung blieb jedoch beinahe dieselbe. Von den dreißig Mitgliedern der Wahlkreiskomitees waren nur acht Personen nicht unter den Vertrauensmännern, die für die Gründungsversammlung der SVO gewählt worden waren.¹⁰⁾

Die Politik der SVO bis zu den Wahlen wurde von den Auseinandersetzungen zwischen Gemäßigten und Oppositionellen um den Inhalt des Wahlprogramms bestimmt. Die Auseinandersetzungen wurden noch auf zwei Nebenschauplätzen geführt: auf Kreisebene bei der Bestellung der Wahlkreisausschüsse und im Verwaltungsrat der »Srpska Riječ«. Die Konfrontation im Verwaltungsrat dieses Blattes gewann seine besondere Bedeutung dadurch, daß die »Srpska Riječ« zu jener Zeit die einzige politische Zeitung der Serben darstellte.

Die Ursache der Auseinandersetzungen um das Wahlprogramm lag in der personellen Zusammensetzung des neunköpfigen Generalwahlausschusses. Vier Gemäßigten standen fünf Oppositionelle gegenüber. Jeftanović war der Vorsitzende dieses Ausschusses. Jede der beiden Gruppierungen versuchte, ihr Wahlprogramm durchzubringen.

Es liegen zwei Versionen der sich in der Folge entspannenden Kontroversen vor. Jeftanović und sein Kreis behauptete, er als Präsident des Ausschusses habe D. Dimović und M. Jojkić mit der Erstellung eines Programmes betraut. Er sei zu vertrauensselig gewesen und habe N. Stojanović und seinem Anhang bereits im Jänner Einblick in das Programm gewährt. Die Gegenseite habe dies geschickt ausgenützt und bis zum letzten Tag vor Zusammentritt des Ausschusses der Neununddreißig (2. 3. 1910) keine Bedenken hinsichtlich des staatsrechtlichen Passus'angemeldet.

Stojanović hingegen behauptete, daß das Generalwahlkomitee beschlossen habe, ein Programm zu erarbeiten, das strittige Punkte vermeiden sollte. Er habe ein solches vorgelegt und alle seien sich über sein Programm einig gewesen. Er und seine Freunde hätte an der Loyalität Jeftanovićs, Damjanovićs und Jojkićs geglaubt. Inzwischen aber hätten sich diese ohne Wissen der übrigen Ausschußmitglieder zusammengesetzt und ein eigenes Programm erstellt. Ihm seien die Schwerpunkte dieses Programms niemals bekanntgegeben worden, er hätte aber gewußt, daß diese V. Šola, Pero Šantić und Lj. Peleš in Mostar mitgeteilt worden seien. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses der Neunund-

⁹⁾ PrBH 382/1910; LR an das GFM vom 14. 3. 1910.

¹⁰⁾ Die neuen waren: R. Kondić, K. Jovanović, V. Šola, M. Đukić, R. Džurendić, Đ. Kavrlja, T. Stančić und Pero Stokanović.

dreißig hätten erst zwei Tage vor dem Zusammentritt des Ausschusses der Neununddreißig einen Entwurf dieses Programms in die Hand bekommen. Sie seien eindeutig umgangen worden.¹¹⁾

Aufgrund der vorausgegangenen Auseinandersetzungen verlief die Sitzung des Komitees der Neununddreißig, in welcher über das Wahlprogramm entschieden werden sollte, entsprechend stürmisch. Das von Jeftanović präsentierte Programm sah einen einleitenden Passus über die staatsrechtliche Stellung Bosniens und der Hercegovina vor. Es waren drei Varianten vorbereitet worden. Alle drei stellten explizit Loyalitätskundgebungen dar.¹²⁾ N. Stojanović trat in einer längeren Rede vehement gegen eine solche Formel auf. Der Ausschuß sei seiner Meinung nach nicht befugt, eine feierliche Erklärung über die veränderte staatsrechtliche Lage bzw. eine Stellungnahme im Namen des gesamten Volkes darüber abzugeben. Dies falle allein in die Kompetenz der vom Volk zu wählenden Abgeordneten. Eine solche Erklärung gehöre weder sachlich noch formell in das Wahlprogramm, weil dies in anderen Ländern auch nicht praktiziert werde. Deshalb hätten er und seine Freunde sich entschlossen, jede der drei Formeln abzulehnen und eine eigene Formel in Vorschlag zu bringen. Diese trage der geänderten staatsrechtlichen Stellung vollständig Rechnung, ohne Mängel oder Überflüssigkeiten zu enthalten.

Nach ausführlicher Diskussion wurde diese Formel angenommen. Dagegen stimmten R. H. Damjanović, M. Jojkić und Petar Kočić, der aus der Sicht der Regierung eine überraschend loyale Haltung einnahm. Jeftanović beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Die Gegner der Formel erklärten unmittelbar danach, daß sie unter solchen Umständen an den weiteren Verhandlungen nicht teilnehmen könnten und erbat sich zwanzig Tage Bedenkzeit, um diese wichtige Frage mit Freunden besprechen zu können. Beim Wiederezusammentritt des Ausschusses der Neununddreißig würden sie ihre Entscheidung bekanntgeben.

Nachdem sich die vier Konferenzteilnehmer entfernt hatten, erfolgte die Wahl der Kandidaten für die Landtagswahlen. Von den 31 zu vergebenden Mandaten sollten zwei auf Bauern, drei auf Geistliche, zehn auf Kaufleute und sechzehn auf Vertreter der Intelligenz entfallen.¹³⁾ Bei der Kandidatenaufstellung fiel die Gruppe um die »Srpska Riječ« beinahe vollständig durch. Auf Vojislav Šola und Milan Jojkić entfielen je 5, auf R. H. Damjanović 15 Stimmen. Die Kandidaten der Oppositionsgruppierung wurden hingegen mit großer Mehrheit gewählt.¹⁴⁾

¹¹⁾ Reinöhl, S. 76f und PrBH 507/1910; LR an das GFM vom 16. 4. 1910.

¹²⁾ Reinöhl, S. 80f.

¹³⁾ ZV 1199/res./1910; Regierungskommissar für Sarajevo an die LR vom 3. 3. 1910.

¹⁴⁾ Reinöhl, S. 77ff.

Der sich bereits im Sommer 1909 abzeichnende Führungswechsel an der Spitze der SVO schien sich damit zu bestätigen. Nachdem die serbische Čaršija in den Monaten unmittelbar nach der Annexion die führende und bestimmende Kraft innerhalb der SVO gewesen war, schien nun wieder die serbische Intelligenz die Führungsaufgabe zu übernehmen.

In der Zeit zwischen den beiden Konferenzen des Ausschusses der Neununddreißig (März/April) drohte die SVO abermals zu zerbrechen. Die Auseinandersetzungen zwischen Oppositionellen und Gemäßigten wurden nun nicht mehr intern geführt, sondern in aller Öffentlichkeit.

Eröffnet wurde die Auseinandersetzung durch ein offenes Schreiben Jeftanovićs, worin er seine Gegner einer hinterhältigen Vorgangsweise beschuldigte und die politische Führung aufgrund seiner bisherigen Verdienste um das Volk beanspruchte. Am 2. April konterte Stojanović in einem ebenfalls öffentlichen Schreiben. Den Höhepunkt der Vorwürfe gegen Jeftanović bildete dessen Teilnahme an einer Deputation des orthodoxen Verwaltungs- und Schulrates zusammen mit D. Dimović und Metropolit Letica nach Wien. Unter diesem Vorwand sei er mit Vertretern der Christlich-Sozialen (Geßmann, Funder, Wagner) zusammengetroffen. Zugleich sei aus der »Reichspost« zu erfahren gewesen, daß in Bosnien und der Herzegowina eine friedliebende serbische Partei bestünde, die zur pragmatischen Sanktion stehe, und eine zweite, die einen ultraradikalen Standpunkt einnehme. Am 5. April reagierte Jeftanović wiederum öffentlich. Es wäre sehr ungeschickt gewesen, den Verwaltungs- und Schulrat ins Spiel zu bringen, denn an der Deputation hätten außer ihm, Letica und Dimović auch noch Dr. Božić und L. Jovanović teilgenommen. Sie hätten weder mit den Vertretern der Christlich-Sozialen Besprechungen geführt noch seien sie mit Politikern und Zeitungen in Verbindung getreten.

Am selben Tag schaltete sich auch Milan Jojkić in die Diskussion ein und verteidigte seine Haltung zur staatsrechtlichen Formel im Wahlprogramm.

Zwei Tage später, am 7. April, nahmen zwei Vertreter des am 2. März gewählten »Zentralen Agitationsausschusses«, der sich aus R. H. Damjanović, A. Besarović, J. Pešut, V. Grđić, M. Srškić, J. Dedijer, V. Krulj, S. Ljubibratić, V. Petrović, M. Jojkić und M. Šuškić zusammensetzte, zur aktuellen Auseinandersetzung Stellung: Die prinzipiellen Unterschiede, die das Lager des gesamten Volkes vom Lager Jeftanović-Šola-Damjanović trennten, lägen in den unterschiedlichen Auffassungen zur staatsrechtlichen Situation. Wenn eine demokratische Partei organisierte Arbeit leisten wollte, müsse Disziplin herrschen. Die nächste Versammlung des Ausschusses der Neununddreißig am 11. April werde sicher eine eindeutige Haltung zur Formel von Jeftanović & Co. einnehmen. Von der Art und Weise wie sie sich zum Entschluß der Versammlung stellen würden, werde einmütige Arbeit oder Spaltung abhängen.

Am selben Tag wurde ein gemeinsames Schreiben von Milan Srškić und Vasilij Grđić veröffentlicht, in dem eindeutig gegen Jeftanović Stellung genommen wurde: Jeftanović und seine Freunde wünschten, sich mit Freunden aus der Autonomiebewegung bezüglich der staatsrechtlichen Formel im Wahlprogramm zu besprechen. Aber statt K. Kujundžić, Jovanović, P. Drljača, V. Vidović usw. einzuladen, habe er sich mit Letica, Dimović, Jojkić und Peleš beratschlagt. Diese aber seien schon immer für eine Spaltung gewesen. Danach sei er nach Wien gefahren, um sich dort mit »Freunden« zu treffen. Erst danach habe er seine Freunde aus dem Autonomiekampf eingeladen.¹⁵⁾

Diese Auseinandersetzungen verschärften sich zusätzlich durch die internen Auseinandersetzungen um die Leitung der »Srpska Riječ«. Seit den Sommermonaten wurde seitens der radikalen Intelligenz eine massive Kampagne gegen die Linie der Zeitung geführt. In der Vorwahlzeit warf der »Zentrale Agitationsausschuß« der Redaktion vor, sie unterstütze die SVO nicht in gebührender Weise. Besonders Milan Jojkić wurde als Hindernis für eine Korrektur der Blattlinie betrachtet.¹⁶⁾

Für den April 1910 war eine ordentliche Versammlung der »Serbischen Druckerei-AG«, der Eigentümerin der »Srpska Riječ«, vorgesehen. Milan Srškić, Nikola Stojanović und Vasilij Grđić versuchten, die Aktien der Gesellschaft an sich zu bringen, um sich eine Mehrheit im Verwaltungsausschuß der Druckerei zu sichern. Damit hofften sie, die Linie der Zeitung entscheidend beeinflussen zu können.¹⁷⁾ Der Versuch mißlang vollständig. Die Jeftanović — Gruppe konnte ihre Position im Verwaltungsausschuß nicht nur behaupten, sondern sogar noch weiter ausbauen. So gelang es zum Beispiel, einen Sohn Jeftanovićs im Verwaltungsausschuß unterzubringen.¹⁸⁾

Die zweite und entscheidende Sitzung des Ausschusses der Neununddreißig fand am 11. April 1910, einige Tage vor der entscheidenden Aktionärsversammlung der Druckerei, statt. Dies erleichterte eine Kompromißlösung. Die Verhandlungen hinsichtlich des Wahlprogramms verliefen sachlich und ruhig. Man einigte sich dahingehend, daß man in das Programm keine Loyalitätserklärung aufnehmen werde, daß man aber eine solche auf einer der ersten Sitzungen des Landtages im Namen der SVO abgeben werde.¹⁹⁾ Die Kandidatenliste der SVO für die Wahlen wurde endgültig fixiert und genehmigt.²⁰⁾ Damit konnte vor-

¹⁵⁾ »Srpska Riječ«, 71/31. 3. 1910. und PrBH 507/1910; LR an das GFM vom 16. 4. 1910.

¹⁶⁾ PrBH 507/1910; LR an das GFM vom 16. 4. 1910.

¹⁷⁾ Reinöhl, S. 127.

¹⁸⁾ »Srpska Riječ«, 74/5. 4. 1910.

¹⁹⁾ PrBH 507/1910 LR an das GFM vom 16. 4. 1910.

²⁰⁾ »Srpska Riječ«, 71/31. 3. 1910.

läufig wieder einmal eine Spaltung verhindert werden. Vorläufig deshalb, weil beide Richtungen davon überzeugt waren, daß es in absehbarer Zeit zum Auseinanderbrechen der SVO kommen werde.²¹⁾

Das Wahlprogramm²²⁾ wurde mit der von Nikola Stojanović durchgesetzten Formel eingeleitet,²³⁾ die einen autonomen Status für Bosnien und die Hercegovina vorsah.

Hinsichtlich der zukünftigen inneren Ordnung Bosniens und der Hercegovina betonte die SVO in ihrem Wahlprogramm die Forderung nach Herstellung eines verfassungsmäßigen, parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaates. Gesetzgebung und Aufsicht über die Regierung müßten das Recht der Volksvertreter sein, die aufgrund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählt werden sollten.

Die Lösung der Agrarfrage^{23a)} wurde als wichtigste Frage im zukünftigen Sabor bezeichnet. Der obligatorische Abkauf der Kmeten, den der Staat in die Hände nehmen müsse, sei die einzig gerechte Lösung dieser Frage. Hinsichtlich der Art des Abkaufs sollte ein Übereinkommen mit allen in dieser Frage beteiligten Faktoren getroffen werden. Zum ersten Mal wurde in einem serbischen politischen Programm der obligatorische Abkauf der Kmeten gefordert.

Die Aufnahme der Forderung nach obligatorischer Ablösung der Kmetengründe zeigt, daß man eigentlich nicht mehr mit einem Bündnis mit den Mohammedanern rechnete. Für die mohammedanischen Großgrundbesitzer war die Agrarfrage eine Überlebensfrage. Eine obligatorische Lösung der Kmetenfrage hätte sie an den Rand ihrer Existenz gebracht. Deshalb standen die serbischen Politiker — solange sie an einem Bündnis mit den Mohammedanern interessiert waren — auf dem Standpunkt, daß die Agrarfrage einvernehmlich zwischen

21) PrBH 507/1910; LR an das GFM vom 16. 4. 1910.

22) Abgedruckt z.B. in »Отаџбина«, Политички-информативни лист, 1/24. 8. 1911.

23) »Da im Sinne der k.u.k. Verordnung die Habsburger Dynastie und Bosnien und die Hercegovina unmittelbar verbunden sind, so muß auch danach gestrebt werden, daß die dem Landtag verantwortliche Regierung das ausführende Organ der einvernehmlichen Beschlüsse der Krone und der Bevölkerung werde, ohne Vermittlung und Kontrolle anderer Regierungen. Alle Angelegenheiten, welche ausschließlich Bosnien und die Hercegovina betreffen, sind ausschließlich durch Gesetze zu regeln, welche vom Landtag verabschiedet werden. In den pragmatisch-gemeinsamen Angelegenheiten muß Bosnien und die Hercegovina die Parität der Entscheidung gesichert werden. In den vertragsmäßig-gemeinsamen Angelegenheiten ist Bosnien und der Hercegovina das Recht der Vertragsschließung zu gewähren. Bosnien und die Hercegovina müssen selbstständige Verwaltungsgebiete mit einer ihre Einheit und historisch-politische Individualität sichernden Benennung ihrer Regierung werden.« (Reinöhl, S. 81).

^{23a)} Zur Agrarfrage siehe Ferdinand Hauptmann, *Die österreich-ungarische Herrschaft in Bosnien und der Hercegovina 1878—1918. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung*, Graz 1983 (= Zur Kunde Südosteuropas. II/12), S. 90—210.

Kmet und Aga gelöst werden müsse. Im Wahlprogramm wurde nun erstmals die Forderung nach obligatorischer Lösung dieser Frage erhoben. Die obligatorische Ablösung der Kmeten war auch eine kroatische Forderung, was darauf hinweist, daß man nun ein Einvernehmen mit den Kroaten suchte.

Das zweite und weitaus wichtigere Anzeichen, das auf die Suche nach Zusammenarbeit mit den Kroaten hinweist, ist — und das ist entscheidend —, daß man vom bisherigen Standpunkt in der nationalen Frage vollständig abgegangen ist. Im Wahlprogramm findet sich kein Passus, der auf die bisher vertretene serbisch-nationale Konzeption hinweist. Die nationale Frage wurde überhaupt nicht berührt. Es war dies das erste serbische Programm (abgesehen vom Programm der SSP), das nicht alle Bewohner Bosniens und der Hercegovina für die serbische Nation reklamierte. Die Tatsache, daß die nationale Problematik überhaupt nicht angeschnitten wurde, war eindeutig eine Konzession an die Kroaten. Zum ersten Mal wurde serbischerseits das Bestehen einer kroatischen Nation in Bosnien und der Hercegovina nicht definitiv geleugnet. Die Serben waren damit erstmals vom Serbismus abgegangen. Dies war — wie der weitere Gang der Dinge zeigt — der erste Schritt hin zu einer nationalprogrammatischen Neuorientierung. Der Serbismus fand seine allmähliche Ablösung durch den Serbokroatismus.

Ein weiterer Punkt ist bemerkenswert. Das Programm führt explizit die Evolution als zukünftige Vorgangsweise an. Damit wurde, sogar programmatisch untermauert, der bereits eingeschlagene Weg weitergeführt. Dies bedeutete, daß man zwar weiterhin in Opposition zu Österreich-Ungarn stehen konnte, daß man aber nicht den Weg der Legalität verlassen wollte.

Obwohl dieses Programm lediglich als ein Wahlprogramm formuliert worden war, hatte es gleichzeitig auch die Funktion eines Grundsatzprogrammes bekommen, nachdem das alte Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1907 aufgrund der geänderten staatsrechtlichen Stellung Bosniens und der Hercegovina keine Gültigkeit mehr besitzen konnte.

Die SSP führte neben der SVO ein Schattendasein. Ihre offene verwaltungsfreundliche Haltung fand in der serbischen Bevölkerung kaum Widerhall. Die Partei hatte noch im Oktober 1908 offiziell die Annexion anerkannt²⁴⁾ und damit versucht, sich als Alternative zur SVO zu profilieren. Allerdings mußte aus finanziellen Gründen die Parteizeitung »Dan« Mitte des Jahres 1909 eingestellt werden, und Lazar Dimitrijević trug sich offen mit dem Gedanken, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.²⁵⁾

²⁴⁾ ZV 5972/res./1908; LR an das GFM vom 22. 10. 1908.

²⁵⁾ PrBH 1475/1909; Referat V vom 13. 6. 1909.

Für die Landesregierung war natürlich das Weiterbestehen der SSP hinsichtlich der Wahlen von großer Wichtigkeit. In einer Besprechung mit einem Vertreter der Landesregierung, Baron Benko, gab Dimitrijević seiner Hoffnung Ausdruck, daß er bei den Wahlen die Bezirke Livno, Gradačac und möglicherweise auch Sarajevo gewinnen könnte. Baron Benko legte keinen besonderen Wert darauf, daß die SSP als Regierungspartei in den Wahlkampf ging. Die Partei sollte ihren programmatischen Schwerpunkt auf agrarische Fragen legen und den »Dan« möglichst bald wieder herausbringen.²⁶⁾

Anfang November 1909 wurde eine Versammlung der SSP einberufen, auf der Dimitrijević als Präsident der Partei wiedergewählt wurde. In den Führungsausschuß wurden in erster Linie Männer aus Sarajevo und Umgebung gewählt.²⁷⁾

Mitte März 1910 gab die Partei bekannt, daß sie für die Wahlen nicht kandidieren werde. Die offizielle Begründung war die vermeintliche Unzulänglichkeit der Verfassung. Mit diesem Schritt wollte sich Dimitrijević aus einem von vornherein verlorenen Wahlkampf heraushalten. Auf diese Weise hätten einige Anhänger der SSP in einigen Wahlkreisen privat kandidieren und möglicherweise sogar in den Sabor gewählt werden können.²⁸⁾

Einige Wochen später zog Dimitrijević, möglicherweise auf Drängen der Landesregierung, die Wahlenthaltung wieder zurück. Die Parteileitung beschloß, mit dem Gründungsprogramm aus dem Jahr 1907 in die Wahlen zu gehen. In den Wahlkreisen Sarajevo, Travnik und Bjeljina sollten Kandidaten aufgestellt werden.²⁹⁾ Die Wahlen endeten mit einer vernichtenden Niederlage der SSP. Diese Gruppierung hörte damit auf, eine Rolle im politischen Leben Bosniens und der Hercegovina zu spielen.

Die SSP hätte eigentlich eine attraktive Alternative zur SVO darstellen können. Sie stellte die Lösung der Agrarfrage und Forderungen der Arbeiterschaft in den Vordergrund ihres Programmes. Das nationale Problem trat im Parteiprogramm eher in den Hintergrund und eröffnete dadurch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Kroaten. Die SSP scheiterte jedoch, weil sie mit dem »Dan« der »Srpska Riječ« propagandistisch nicht viel entgegenzusetzen hatte. Die »Srpska Riječ« ließ keine Möglichkeit ungenutzt, die Zusammenarbeit Dimitrijevićs mit der Landesregierung als Verrat an der nationalen Sache anzuprangern. Das zweite Manko der SSP war, daß sie organisatorisch

²⁶⁾ PrBH 1947/1909; Benko an Burián vom 4. 10. 1909.

²⁷⁾ PrBH 2141/1909; LR an das GFM vom 13. 11. 1909. Die gewählten Ausschußmitglieder waren: Staniša Bosiljčić, Jovo Grđić, Pero Košarac, Niko Nurić, Nikola Kosmajac, Simo Njego, Neđo Vukadin, Omer Muharemović, Đorđo Kelović, Sava Ajvasović, Petar Bajagić, Ljubo Drašković, Đorđo Bugarski, Lazar Korić.

²⁸⁾ PrBH 353/1910; LR an das GFM vom 14. 3. 1910.

²⁹⁾ PrBH 529/1910; LR an das GFM vom 21. 4. 1910.

der SVO weit unterlegen war. Während die SVO zumindest einen offiziellen Vertreter in jedem Bezirk hatte, blieb die SSP auf Sarajevo und Umgebung beschränkt. Mit Ausnahme der Wahl eines Hauptausschusses erfuhr die SSP keine weitere organisatorische Durchstrukturierung.

Für die Behörden stellte sich in der Zeit des Wahlkampfes besonders hinsichtlich der Serben das Problem, der Regierung positiv gegenüberstehende Kandidaten unauffällig zu unterstützen. Direkter oder indirekter Wahlzwang sollte vermieden werden, da dies nach Ansicht der Regierung nur den oppositionellen Kräften genützt hätte.³⁰⁾

Das Wahlsystem beruhte auf einer Mischung von konfessionellem und kurialem Prinzip.³¹⁾ Von den 72 zu vergebenden Mandaten entfielen auf die serbisch-orthodoxe Bevölkerungsgruppe 31. Zusätzlich zu den 72 gewählten Abgeordneten wurden 20 Virilisten in den Landtag berufen. Auf serbischer Seite waren dies die vier Metropoliten und der Vizepräsident des Obersten Verwaltungs- und Schulrates, Gligorije Jeftanović.³²⁾

Für die Serben ergab sich aus diesem Wahlsystem, daß sie zwar automatisch über die relative Mehrheit verfügten, aber für Abstimmungserfolge auch auf kroatische oder mohammedanische Stimmen angewiesen waren. Andererseits bestand für die Serben die Gefahr, daß sie von einer kroatisch-mohammedanischen Koalition überstimmt werden konnten.

Dieses Wahlsystem hatte insbesondere für die SVO hinsichtlich ihrer Politik und ihres inneren Zusammenhalts zwei gravierende Folgen. Ersten wurden 18 der 31 Mandatare, also ungefähr ein Drittel, in den Landgemeinden gewählt. Für die Mehrzahl der serbischen Abgeordneten mußten die Probleme der agrarischen Bevölkerung einen Schwerpunkt ihrer Politik bilden. Numerisch und personell waren diese Abgeordneten dann auch größtenteils identisch mit der serbischen Opposition im Sabor. Auch bei den Neuwahlen zeigte sich, daß in den Landgemeinden zumeist der radikalere Kandidat siegreich blieb. Zweitens

³⁰⁾ Burián war der Meinung, daß sich in »manchen Fällen... die Anwendung von Geldmitteln als nützlich oder notwendig erweisen dürfte, ... um in durch die Umstände indizierten Fällen Auslagen von Kandidaten oder nützlichen Mittelsmännern und dergl. zu bestreiten, um deren Chancen mit jenen besonders rühriger und unerwünschter Gegner auszugleichen...« (PrBH 2131/1909; Geheimer Erlaß Buriáns vom 14. 11. 1909 an die LR; Abschrift).

³¹⁾ Von den 72 zu vergebenden Mandaten entfielen auf die Serbisch-Orthodoxen/Serben 31, auf die Katholiken/Kroaten 24, auf die Mohammedaner 16 Mandate und auf die Israeliten/Juden 1 Mandat. Von den 31 serbischen Mandaten entfielen 8 Mandate auf die I. Kurie/2. Wählerklasse (Intelligenz), 5 Mandate auf die II. Kurie (Stadt) und 18 Mandate auf die III. Kurie (Land).

³²⁾ PrBH 1455/1909; Ministerium des k.u.k. Hauses des Äußeren an Burián vom 17. 6. 1909. und Edmund Bernatzik (Hrsg.), *Die österreichischen Verfassungstexte*, Wien 1911, S. 1041ff.

wurden die Mandatare als Vertreter ihrer Konfession gewählt. Damit wurde ein weiterer Impuls für die Verfestigung der politischen Differenzierung auf konfessionell-nationaler Basis gegeben. Eine auf der Basis gesellschaftlicher Klassenverhältnisse beruhende Partei hatte keine Möglichkeit, Vertreter in den Landtag zu entsenden. Die sich vor allem bei den Serben in vollem Schwung sich befindliche gesellschaftliche Differenzierung spiegelte sich natürlich auch in der alle Serben vertretenden SVO wider. Das hatte zur Folge, daß es den Abgeordneten der SVO unmöglich war, in der konkreten politischen Auseinandersetzung eine einheitliche und gemeinsame Position zu vertreten. Die rivalisierenden gesellschaftlichen Kräfte fanden auch innerhalb der SVO in der Form ständiger Auseinandersetzungen ihren Niederschlag, wenn auch in kanalisierter und verminderter Schäfte.

Die Wahlen fanden, nach Kurien und Wählerklassen getrennt, zwischen 18. und 28. Mai 1910 statt. Bei den Kroaten erhielt der KNV 12 und die Kroatisch-katholische Vereinigung/KKV des Erzbischofs Stadler 4 Mandate. Bei den Mohammedanern entfielen alle 24 zu vergebenden Mandate auf die Mohammedanische Volksorganisation/MVO.

Die Kandidaten der SSP konnten den Kandidaten der SVO in keiner Weise gefährlich werden. Lazar Dimitrijević erreichte gegen den Kandidaten der SVO, Milan Srškić, lediglich 352 Stimmen (Srškić: 6.011 Stimmen).³⁴⁾ In der stimmenstarken dritten Kurie (Landgemeinden) entfielen lediglich 1.963 von 138.871 abgegebenen Stimmen auf Kandidaten außerhalb der SVO. Die serbische Wahlbeteiligung in der dritten Kurie betrug 85%, bei den Mohammedanern 83% und bei den Kroaten nur 61%.³⁵⁾

II

Für die am 15. Juni 1910 beginnende erste Legislaturperiode wurde Vojislav Šola als serbischer Vertreter in das Landtagspräsidium berufen. Bei den Mohammedanern war dies Ali-beg Firdus und nach dessen Tod Dr. Safvet-beg Bašagić. Der kroatische Vertreter im Landtagspräsidium war Nikola Mandić.

Mit der Beendigung des Wahlkampfes und mit dem Beginn der Arbeit im Sabor erreichte die SVO eine neue Phase in ihrer organisatorischen Entwicklung. Die innere Struktur mußte wiederum den neuen Aufgaben angepaßt werden. Das Generalwahlkomitee, die Kreiswahlkomitees und der Ausschuß der Neununddreißig wurde aufgelöst und durch neue Gremien ersetzt.

Auf einer Sitzung der gewählten serbischen Abgeordneten am 8. Juni 1910 wurde beschlossen, sich als »Serbischer Klub« zu konstitui-

³³⁾ Тодор Крушевац, *Сарајево под аустроугарском управом*, Сарајево 1960, S. 359f.

³⁴⁾ PrBH 667/1910; LR an das GFM vom 19. 5. 1910 (Telegramm).

³⁵⁾ »Српска Ријеч«, 104/15. 5. 1910.

eren. Ein entsprechendes Statut sollte ausgearbeitet werden. Durch die Erfassung aller serbischen Abgeordneten in diesem Klub sollte eine einmütige Haltung im Sabor gewährleistet werden.³⁶⁾

Das Präsidium des Klubs setzte sich zusammen aus: Pero Stokanović (Präsident), Milan Srškić (1. Stellvertreter), Milan Kovačević (2. Stellvertreter) und Šćepan Grdić (Sekretär).³⁷⁾ In den Räumlichkeiten des Landtagsgebäudes wurde die Kanzlei des Klubs eingerichtet.³⁸⁾

Das grundlegende und immer wiederkehrende Problem im bosnisch-hercegovinischen Landtag war, daß sich die Regierung für Beschlüsse nicht bloß die Zustimmung der Vertreter einer Konfession, sondern zumindest von zwei bzw. Teilen von zwei oder drei Konfessionen sichern mußte. Die verantwortlichen Stellen waren in dieser Hinsicht recht optimistisch. Man war der Meinung, zumindest in der Anfangsphase der Sabortätigkeit, daß eine dem Landtag nicht verantwortliche Regierung keine eigene Regierungspartei benötigte. Die Regierung sollte vielmehr, über den Parteien stehend, ihren jeweiligen Standpunkt in den sich herausbildenden Gruppierungen und Gegensätzen suchen.⁴⁰⁾ Erklärtes Ziel war das Zustandekommen einer arbeitsfähigen Mehrheit, die aus den Vertretern aller Konfessionen bestand. So hätte man vor aller Welt die erfolgreiche Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Verwaltung präsentieren können.

Die Regierung hatte auch allen Grund für ihre optimistische Auffassung. Mit der Unterstützung der kroatischen Vertreter konnte sie sicher rechnen, da diese nur in enger Anlehnung an die Regierung ihren Standpunkt wahren konnten. Vertreter der MVO erklärten am 9. Februar 1910, daß für sie kein Grund zur Opposition bestünde, da ihre Organisation nur im Einvernehmen mit der Landesregierung tätig sein wolle. Die Mohammedaner erwarteten aber auch, daß die Regierung die speziellen Interessen der Mohammedaner wahren und unterstützen werde. Nach Meinung des Sektionschefs Shek sei aus der mohammedanischen Opposition ein feste Stütze der Regierung geworden.⁴¹⁾

Die Ausgangssituation für die Serben war bereits seit einiger Zeit gegeben. Die scheinbare Unmöglichkeit eines Bündnisses mit Mohammedanern und Kroaten bzw. eine Annäherung an die Verwaltung barg die große Gefahr der politischen Isolierung in sich. Aufgrund der Mandatsverhältnisse im Landtag mußte die SVO versuchen, mit Kroaten und/oder Mohammedanern ins Gespräch zu kommen. Auch diesmal war

³⁶⁾ »Српска Ријеч«, 114/26. 5. 1910.

³⁷⁾ »Српска Ријеч«, 130/18. 6. 1910.

³⁸⁾ »Српска Ријеч«, 239/2. 11. 1910.

³⁹⁾ »Српска Ријеч«, 158/24. 7. 1910.

⁴⁰⁾ PrBH 213/1909; Geheimer Erlaß vom 14. 11. 1909.

⁴¹⁾ Hamdija Kapidžić, *Dva priloga novijoj istoriji Bosne i Hercegovine*. In: Glasnik arhiva i društva arhivskih radnika Bosne i Hercegovine, II, Sarajevo 1962, S. 327.

wieder die Frage von größter Wichtigkeit, ob es gelang, die gesamte SVO auf eine gemeinsame Linie zu vereinigen oder ob sich die Organisation durch innere Zerrissenheit selbst um alle Erfolgsaussichten brachte. Die Tendenz eines Auseinanderbrechens der SVO in eine regierungsfreundliche und eine oppositionelle Fraktion bestand praktisch schon seit dem Eintritt der Gruppe um die »Srpska Riječ« in die SVO am Vorabend der Annexion. Die Behandlung des wichtigsten Gesetzes der ersten Saborsession, nämlich des Agrargesetzes, mußte zeigen, ob die SVO nach innen genügend stabil sein werde, um in dieser Frage Standhaftigkeit zu beweisen. In dieser Frage mußte sich auch zeigen, wie ernst es den Serben mit den im Wahlprogramm gegebenen Versprechungen war. Mit den Mohammedanern konnte man in dieser Frage kaum eine gemeinsame Lösung finden, wohl aber eventuell mit den Kroaten.

Die zweite grundlegende Frage, die den Sabor bis 1914 beschäftigte, war das Sprachenproblem, d.h. das Problem der Verwendung der serbokroatischen Landessprache im inneren und äußeren Amtsverkehr, das Problem der Verwendung von lateinischer und cyrillischer Schrift sowie das Problem der offiziellen Bezeichnung der Sprache. Die Serben standen bis 1910 hinsichtlich dieses Fragenkomplexes auf dem Standpunkt des obligatorischen Gebrauchs von serbischer Sprache und Schrift im inneren und äußeren Amtsverkehr sowie der offiziellen Bezeichnung der Landessprache als serbische Sprache.

Damit eng in Zusammenhang stand natürlich die nationale Frage. Nach den bisherigen Vorstellungen der Serben in dieser Problematik war eine Einigung mit den Kroaten schwierig, aber nicht unmöglich. Das Wahlprogramm eröffnete die Möglichkeit einer Einigung mit den Kroaten. Durch die Ausklammerung der nationalen Frage aus dem Wahlprogramm hatten sich die Serben die Möglichkeit einer Einigung mit den Kroaten offengehalten.

Ein weiterer für die Serben sehr wichtiger Punkt betraf alle Fragen, die in Zusammenhang mit Demokratisierung, mit dem Ausbau des Kompetenzbereiches des Sabors und mit der allmählichen Ausdehnung der autonomen Rechte für Bosnien und die Hercegovina standen. In der Autonomiefrage konnten die Serben zwar mit der Unterstützung der Mohammedaner rechnen, nicht jedoch mit der Unterstützung der Kroaten.

Aufgrund dieser komplexen Situation schien das Gewinnen eines Koalitionspartners für die SVO ziemlich aussichtslos zu sein. Der Serbische Klub mußte jedenfalls seine Politik und sein Verhältnis zu den anderen Parteien äußerst flexibel gestalten, um sich in wichtigen Fragen die Unterstützung der einen oder anderen Parteifraktion sichern zu können. Die dringlichste Aufgabe der SVO zu Beginn der Landtagstätigkeit war also, sich nach allen Seiten die Möglichkeit einer Zusammenarbeit offenzuhalten, um im Sabor die Rolle der stärksten politischen

Kraft im Lande ausspielen zu können. In diesem Sinne beschloß der Serbische Klub, seine Bereitschaft für eine Zusammenarbeit bei der Landesregierung zu deponieren.⁴²⁾

Im ersten Abschnitt der Saborsession 1910/11 (15. 6. — 5. 8. 1910) wurde nur über ein größeres Gesetz abgestimmt, nämlich über das Budget für 1910. Um sich alle Möglichkeiten offenzuhalten, beschloß der Serbische Klub, für die Regierungsvorlage zu stimmen. Nur fünf Abgeordnete sollten gegen den Budgetvoranschlag stimmen.⁴³⁾ Nikola Stojanović brachte in seiner Budgetrede besondere Einwände formaler und sachlicher Natur gegen den Voranschlag vor, plädierte jedoch, im Sinne einer Zusammenarbeit für den Voranschlag zu stimmen.⁴⁴⁾ Dadurch konnte sich die SVO die Möglichkeit einer Zusammenarbeit nach allen Richtungen offenzuhalten.

Im Spätsommer 1910 schien sich ein Erfolg der SVO-Taktik abzuzeichnen. Die Öffnung gegenüber den Kroaten schien eine serbisch-kroatische Zusammenarbeit zu ermöglichen. Eine vorentscheidende Rolle für diese Konstellation spielten die Kmetenunruhen im Sommer und Herbst 1910 in der Posavina und der Bosanska Krajina.⁴⁵⁾

Ende Juli 1910 begannen im Bezirk Gradiška Kmetenunruhen, die sich rasch auf die benachbarten Bezirke ausdehnten und die gesamte Bosanska Krajina und einen Teil der Posavina zu erfassen drohten. Träger dieser Bewegung waren vornehmlich serbische Kmeten. Als die wichtigsten Forderungen der Bauern kristallisierten sich im Laufe der Unruhen heraus: Abschaffung der Tretina-Abgabe an den Grundbesitzer; Abschaffung der Ernteinschätzung zur Feststellung der Hak-Abgabe; Übergabe von Grund und Boden an denjenigen, der ihn bearbeitet; obligatorische Lösung der Agrarfrage. Als unmittelbarer Anlaß für das Entstehen der Unruhen, wurde die bevorstehende Lösung der Agrarfrage durch den fakultativen Abkauf der Kmeten betrachtet.

Der fakultative Abkauf der Kmeten, der unter osmanischer Verwaltung bereits möglich war, wurde unter der Verwaltungstätigkeit des gemeinsamen Finanzministers Benjámín Kállay (1882—1903) insofern erleichtert, als die Landesbank den Kmeten ein Hypothekendarlehen über Hälfte der erforderlichen Summe zur Verfügung stellte. Die Bedingungen dafür waren, daß der Besitz gegen Brandschaden versichert war und ohne Zustimmung des Geldinstituts nicht getauscht, geteilt oder parzelliert werden durfte. Die zweite Hälfte des Betrages mußte der Kmet aus eigenen Mitteln oder durch die Aufnahme eines gewöhnlichen Kredits erbringen. Der gängige Zinsfuß betrug jedoch 12 Prozent

⁴²⁾ »Народ«, 159/14. 1. 1912.

⁴³⁾ Ebd.

⁴⁴⁾ Stenografski izvještaji o sjednicama bosansko-hercegovačkog Sabora, Sarajevo 1910—1914, Bd. I, XIII, S. 270—286.

⁴⁵⁾ Siehe dazu: Војислав Божићевић: *Сельчки покрет у Босанској Крајини и Посавини* 1910. год. In: *Годишњак историског друштва Босне и Херцеговине*, II, Сарајево 1950, S. 217—255.

und mehr. Aufgrund dieser Belastungen ging der Abkauf äußerst schleppend vor sich. Bis Ende des Jahres 1909 war es nicht ganz 12% der Kmeten möglich gewesen, abgelöst zu werden.

Der gemeinsame Finanzminister Burián forsierte eine Verbesserung der Ablösebedingungen. Am 19. Juli 1910 wurde dem Sabor ein Gesetzesentwurf vorgelegt, demgemäß nun die Landesregierung Darlehen in der vollen Höhe der Ablösesumme gewähren sollte. Man ging dabei von der Ansicht aus, daß die Gewährung eines Hypothekarkredits nur dann nützlich war, wenn der Kmet den gesamten Kaufpreis zu entsprechenden Zinsen erhielt. Den vollen Kaufpreis konnte man wirtschaftlich ungeschwächten Kmeten ohne Gefahr gewähren, denn die Erfahrung hatte gezeigt, daß der Verkaufswert eines Freibesitzes zumindest doppelt so groß war als der eines Kmetenbesitzes. Die Landesregierung übernahm überdies noch die Verpflichtung, die aus der ungenügenden Rückzahlung der Darlehen und der anfallenden Zinsen erwachsenden Schäden des Kreditgebers zu decken. Das Prinzip der Freiwilligkeit des Abkaufs sollte jedoch keineswegs angetastet werden.

Die Regierung sperrte sich gegen eine obligatorische Lösung, weil sie der Meinung war, daß eine solche weder für den Kmet noch den Aga vorteilhaft wäre. Einerseits würde eine solche Lösung zu wirtschaftlichen Erschütterungen führen, weil es fraglich war, ob der mohammedanische Grundherr diese Umsteilung wirtschaftlich überleben würde (91,5% der Grundbesitzer mit Kmeten waren Mohammedaner). Die Grundherrn besaßen abgesehen von Besitzungen in der Posavina kein Herrenland, waren also niemals zu wirtschaftlichen Aktivitäten gezwungen gewesen. Der nahm von dem Kmetenland ein Drittel des Ertrages («Tretina»). Diese Einnahme stellte in Wirklichkeit eine Rente dar. Andererseits würde eine ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Tüchtigkeit der betreffende Kmeten durchgeführte obligatorische Ablösungen der Kmeten zur Folge haben, daß in kurzer Zeit der größte Teil der selbstständig gewordenen kleinen Bauernwirtschaften zugrunde ginge und in der Hand nur weniger Großgrundbesitzer zusammenfände.⁴⁷⁾

Den serbischen Abgeordneten, besonders jenen der dritten Kurie, kam ihre programmatische Fixierung auf die obligatorische Lösung äußerst ungelegen. Wollte man den Wählerwillen respektieren, mußte man sich im Sabor für die obligatorische Lösung einsetzen, womit man aber sicherlich in den Gegensatz zu Regierung und Mohammedanern gekommen wäre.

Nikola Stojanović als Abgeordneter des Bezirkes Gradiška war unmittelbar von diesen Ereignissen betroffen. Er bereiste Mitte August

⁴⁷⁾ Фердинанд Хауптман, *Босанскохерцеговачки Ага у процијени између привредне активности и рентнијерства на почетку XX стољећа*. In: Годишњак историског друштва Босне и Херцеговине, XVII, Сарајево 1967, S. 23—41; A. Feifalik, Ein neuer aktueller Weg zur Lösung der bosnischen Agrarfrage. In: Wiener staatswissenschaftliche Studien, Bd. XII, Heft III, Wien 1916.

seinen Wahlbezirk, forderte die Kmeten auf, sich der Hak-Abgabe nicht zu widersetzen und den Widerstand aufzugeben. Die Bauern sollten abwarten, was der Landtag diesbezüglich im Herbst unternehmen werde.⁴⁸⁾ In ähnlicher Weise ging auch Ljubo Simić, dessen Wahlbezirk ebenfalls von den Unruhen betroffen war, vor. Die Aktion der beiden erfolgte in Absprache mit der Landesregierung.⁴⁹⁾

Anfang Oktober protestierten Pero Stokanović als Präsident des Serbischen Klubs und Milan Srškić als Vizepräsident bei der Landesregierung gegen die ihrer Ansicht nach unnötig harten Vorgangsweise der Behörden gegen die Kmeten. Die beiden Abgeordneten waren aber auch der Meinung, daß es sehr zweckmäßig gewesen sei, daß die Bewegung mit allen Mitteln eingedämmt wurde, weil die Unruhen auch der SVO sehr ungelegen kamen.⁵⁰⁾

Da aufgrund dieser Ereignisse ein Zusammengehen mit den Mohammedanern unmöglich erschien, versuchten die serbischen Abgeordneten ein Abkommen mit den kroatischen Abgeordneten zu erreichen. Es kam zwar zu einer kurzfristigen Zusammenarbeit zwischen Serben und Kroaten, nicht aber zu einer vertraglichen Übereinkunft. Dagegen sperrten sich nämlich v.a. die kroatischen Partner, da die Serben von einer von den Kroaten angestrebten Vereinigung Bosniens und der Herzegovina mit Kroatien nichts wissen wollten. Der zweite Grund war der, daß die Kroaten die Mohammedaner nicht vor den Kopf stoßen wollten, wenn sie in der heiklen Frage der Kmetenablöse einen Pakt mit den Serben gegen die Mohammedaner schlossen.

Es schien aber, daß der serbische Saborklub und der KNV ein Übereinkommen im Sinne einer »vollständigen nationalen Einheit« suchten.⁵¹⁾ Bereits im Sommer 1910 hatten sich beide Verhandlungspartner hinsichtlich der Sprachenfrage auf die gleichberechtigte Bezeichnung der Landessprache geeinigt. Die Serben sollten sie als serbische Sprache, die Kroaten als kroatische Sprache bezeichnen.⁵²⁾ Bei den Vorgesprächen wurde weiters vereinbart, daß die kroatischen Abgeordneten für einen obligatorischen Abkauf der Kmeten stimmen und Nikola Mandić, der damalige Präsident des KNV, einen Pakt mit den Serben in diesem Sinne abschließen sollte. Sollte die Regierung in der darauffolgenden Session erneut einen Gesetzesentwurf über eine fakultative Regelung einbringen, wollten sie die Wähler auf die Zwangslage hinweisen und für die fakultative Lösung stimmen.⁵³⁾

⁴⁸⁾ PrBH 1244/1910; LR an das GFM vom 17. 8. 1910 (Telegramm).

⁴⁹⁾ PrBH 1266/1910; Benko an das GFM vom 20. 8. 1910 (Telegramm).

⁵⁰⁾ PrBH 1564/1910; Benko an das GFM vom 6. 10. 1910.

⁵¹⁾ Siehe dazu Mirjana Gross, *Hrvatska politika u Bosni i Hercegovini od 1878—1914*. In: *Historijski zbornik*, XIX—XX, Zagreb 1967, S. 41.

⁵²⁾ Siehe dazu Dževad Juzbašić, *Jezičko pitanje u austrougarskoj politici u Bosni i Hercegovini pred prvi svjetski rat*, Sarajevo 1973.

⁵³⁾ PrBH 1778/1910; Benko an das GFM vom 12. 11. 1910 (Telegramm).

Mandić und der kroatische Abgeordnete Jozo Sunarić sprachen sich zwar im Sabor ausdrücklich für den Grundsatz der nationalen Einheit von Serben und Kroaten aus, ihren Worten war jedoch zu entnehmen, daß sie Serbine und Kroaten dennoch als zwei Nationen betrachteten. Der Vizepräsident des Sabors, Vojislav Šola, drückte seinerseits den Wunsch nach einer vollständigen Zusammenarbeit zwischen Serben und Kroaten aus.

Für die plötzliche Zurückhaltung der Kroaten hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit den Serben spielten die Ereignisse in Kroatien eine wichtige Rolle. Dort kam es nämlich zu Beginn des Jahres 1910 zu einem Pakt zwischen dem Banus N. Tomašić und der serbo-kroatischen Koalition. Die Koalition wurde Regierungspartei. Dieser Umstand bereitete des Terrain für eine serbo-kroatische Koalition auch in Bosnien-Herzegovina vor, zumal die Kroaten überzeugt waren, daß die Verwaltung aufgrund des Beispiels in Kroatien nichts gegen eine solche einzuwenden hatte. Die Kroaten erhofften sich von der Hereinholung der Serben in die Regierungsgruppierung, daß der serbische Widerstand gegen eine Vereinigung Bosniens und der Herzegovina mit Kroatien allmählich gebrochen werde. Inzwischen kam es jedoch im Sommer 1910 zum Bruch zwischen Tomašić und der serbo-kroatischen Koalition in Kroatien, und die Koalition ging erneut in die Opposition. Dieser Umstand stärkte die bosnisch-herzegovinische Regierung in dem Bestreben, eine serbisch-kroatische Koalition zu verhindern, aus Furcht, diese könnte dann ebenfalls in die Opposition gehen. Genausowenig wünschten die mohammedanischen Begs eine serbisch-kroatische Zusammenarbeit. Die mohammedanischen Großgrundbesitzer wären durch einen von dieser Koalition möglicherweise durchgedrückten obligatorischen Abkauf der Kmetengründe in eine schwierige Situation gekommen. Sie versuchten in der Folge alles, um eine solche Koalition zu Fall zu bringen.⁵⁴⁾

Die kurzzeitige serbisch-kroatische Zusammenarbeit konnte dem gemeinsamen Druck von Landersregierung und Mohammedanern nicht lange standhalten. Während die serbo-kroatische Koalition in Kroatien trotz aller Schwierigkeiten weiter bestehen blieb, war dies in Bosnien-Herzegovina nicht möglich. Die tieferliegende Ursache dafür lag in der noch immer ungelösten Stellung Bosniens und der Herzegovina im Rahmen der Monarchie. Die nicht unproblematische Stellung der beiden Länder als Reichsländer, die von den beiden Reichshälften gemeinsam verwaltet wurden, ließ auch weiterhin die Möglichkeit einer Änderung der staatsrechtlichen Stellung hoffen. Die Kroaten konnten daher auch weiterhin auf die Angliederung Bosniens und der Herzegovina an Kroatien hoffen. Die Serben wiederum konnten noch weiterhin mit einer Autonomie und in weiterer Folge mit einer eventuellen Angliederung an Serbien rechnen. Dies war der Hauptgrund, weshalb es nicht zu einem fixen Übereinkommen zwischen Serben und

⁵⁴⁾ Gross, 41ff.

Kroaten kam. Für die Landesregierung und die Mohammedaner war es deshalb relativ einfach, die sich abzeichnende Zusammenarbeit zwischen Serben und Kroaten zu sprengen.

Mit dem Beginn der Herbstsession begann sich allmählich eine Koalition zwischen Kroaten und Mohammedanern abzuzeichnen. Die Serben wurden damit vor die Alternative gestellt, entweder in Opposition zu gehen oder sich der kroatisch-mohammedanischen Koalition anzuschließen. Für die Bildung dieser Koalition waren die Beratungen über drei bedeutsame Gesetzesvorhaben ausschlaggebend: das Budget für 1911, das Postsparkassengesetz und das Gesetz über die Erteilung von Darlehen für den freiwilligen Abkauf der Kmetengründe.

Die innere Ordnung der zu errichtenden Postsparkasse war bereits durch eine kaiserliche Verordnung vom 25. August 1910 definitiv geregelt worden.⁵⁵⁾ Per Verordnung entschied die Landesregierung am 17. September 1910 über die Errichtung der Postsparkasse.

Der Serbische Klub stellte sich nicht gegen die Einrichtung einer Postsparkasse an sich. Im Gegenteil, er sah in einem solchen Institut eine große Notwendigkeit für Bosnien und die Hercegovina,⁵⁶⁾ betrachtete aber die Art der Durchführung als eine Verletzung des Kompetenzbereiches des Landtags. Zwar sah die Verordnung eine nachträgliche Bestätigung durch den Sabor vor, der Serbische Klub sah aber eine eindeutige Verletzung des §42 der Landesverfassung (Kompetenzen des Landtages), weil die Verordnung die Ausfallhaftung des Landes vorsah. Die Beschlußfassung einer solchen fälle aber — so der Standpunkt der Serben — in die Kompetenz des Landtages.⁵⁷⁾

In der Spezialdebatte erfolgten scharfe Angriffe seitens der Serben (N. Stojanović, Ž. Nježić, Šć. Grđić, M. Srškić) auf die Landesregierung.⁵⁸⁾ Am Tag der Abstimmung über das Gesetz, am 1. Februar 1911, legte Nježić eine komplette Gesetzesnovelle vor, nach der die Einnahmen der Postsparkasse ausschließlich für die Amortisation der Staatsanleihen verwendet werden sollten.⁵⁹⁾

Anläßlich der Abstimmung über das Gesetz setzte der Serbische Klub, in diesem Fall noch geschlossen, ein erstes Musterbeispiel späterer Obstruktionspolitik. Nachdem Milan Srškić im Namen des Serbischen Klubs eine Erklärung verlesen hatte, verließen die serbischen Abgeordneten effektiv den Sabor. Danach reklamierte Srškić das Plenum für nicht abstimmungsfähig, da nur 44 der insgesamt 92 Ab-

⁵⁵⁾ PrBH 25/1911; Benko an das GFM vom 5. 1. 1911. Zum Problem der Postsparkasse und den damit zusammenhängenden Fragen siehe ausführlich bei Девад Јузбашич, *Босанскохерцеговачки Сабор и оснивање поштанске штедионице*. In: Прилози Института за историју, 18, Сарајево 1981, 257—271.

⁵⁶⁾ Stenografski izvještaji, Bd. II, XLIV, S. 53ff.

⁵⁷⁾ Bbda, Bd. II, XXVI, S. 43ff.

⁵⁸⁾ Ebda, Bd. II, XLIX, S. 668ff.

⁵⁹⁾ Ebda, Bd. II, L, S. 691.

geordneten anwesend waren. Das Plenum wurde dennoch für abstimmungsfähig erklärt, weil sechs Mandate zu diesem Zeitpunkt nicht besetzt waren und dadurch mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend war. Das Postsparkassengesetz wurde mit den Stimmen von Kroaten und Mohammedanern einstimmig verabschiedet.⁶⁰⁾ Die »Srpska Riječ« warf den mohammedanischen und kroatischen Abgeordneten Verrat an der nationalen Sache vor.⁶¹⁾

Auch in den Debatten um das Budget für 1911 ging es den serbischen Abgeordneten nicht in erster Linie darum, den Budgetvoranschlag zu boykottieren, sondern erstens darum, den sich festigenden kroatisch-mohammedanischen Block zu zerschlagen, um sich zweitens damit für die Regierung unentbehrlich zu machen.

Den kroatisch-mohammedanischen Block wollte man dadurch sprengen, indem die Serben die Erfüllung sowohl mohammedanischer als auch kroatischer Forderungen zur Bedingung für eine Weiterführung der Arbeit im Budgetausschuß machten. Auf der Präsidialkonferenz vom 3. Jänner 1911, an der auch die serbischen Abgeordneten Milan Srškić, Ljubo Simić, Šćepan Grđić und Nikola Stojanović teilnahmen, erklärte Srškić, daß, wenn die Landesregierung auch weiterhin kein Entgegenkommen zeige, der Budgetausschuß die Arbeit derart verschleppen würde, daß es bis Mai/Juni dauern würde, bis der Voranschlag im Plenum behandelt werden könne. Vorgesehen war dafür der 1. oder 3. Februar. Voraussetzung für eine raschere Arbeit war neben kroatischen und mohammedanischen Anliegen⁶²⁾ die Zulassung eines Initiativantrages Stojanovićs zur Diskussion im Plenum in der Zeit vom 16. Jänner bis zum 1. Februar. Dieser Antrag sah in erster Linie eine Verbesserung der Rechtslage des Kmeten gegenüber dem Grundherrn vor, wie etwa die Möglichkeit der Teilbarkeit von Kmetengrundstücken ohne Zustimmung des Grundherrn und den Übergang der Kmetenansässigkeit in das unbeschränkte Eigentum der Kmetenfamilie, wenn die Grundeigentümerfamilie ausstarb.⁶³⁾

Der Budgetausschuß trat nach den orthodoxen Feiertagen erst wieder am 13. Jänner zusammen und nahm einen stürmischen Verlauf. Die serbischen Vertreter beharrten weiter auf ihren Forderungen und

⁶⁰⁾ Ebda, S. 697.

⁶¹⁾ »Srpska Riječ«, 10/17. 1. 1911.

⁶²⁾ 1. müsse die beschlossene Novelle zum Forststrafgesetz noch vor dem Jänner die A. H. Sanktion erhalten; 2. müsse die Landesregierung dem Kaiser eine Resolution bezüglich der Forstammestie bis zum 16. Jänner befürwortend unterbreiten; 3. müßten folgende Initiativanträge in der Zeit vom 16. Jänner bis zum 1. Februar dem Plenum zur Diskussion unterbreitet werden: der Resolutionsantrag Rifat-beg Sulejmanpašić (Aufhebung der Zuständigkeit der politischen Behörden in Waldstreitigkeiten zwischen dem Arar und Privatpersonen und Eingliederung in die Kompetenz der ordentlichen Gerichte) und der Antrag des kroatischen Abgeordneten Jankiewicz (Befreiung von Stempelgebühren und Taxen bei der Kmetenablöse). PrBH 27/1911; Landesregierung an das GFM vom 6. 1. 1911.

⁶³⁾ PrBH 150/1911; Burián an Benko vom 31. 1. 1911. (Telegramm).

wollten der Regierung ein schriftliches Ultimatum überreichen. Man einigte sich schließlich dahingehend, die Sitzungen bis zum 23. Jänner zu verschieben.⁶⁴⁾

Nach Meinung Baron Benkos hing zu dieser Zeit das Verhältnis der Regierung zum Sabor ganz davon ab, ob der Antrag Stojanović der Allerhöchsten Sanktion unterbreitet werde oder nicht. Kroaten und Mohammedaner würden zwar nicht darauf bestehen, wohl aber die Serben.⁶⁵⁾

In einem Gespräch zwischen Ljubo Simić und Baron Benko unterstrich Simić, daß die Serben daran festhalten müßten, das Budget erst zu verhandeln, wenn die Regierung ihre Wünsche erfüllt habe. Der Antrag Stojanović sei vordringlich. Benko ging jedoch nicht darauf ein,⁶⁶⁾ und auch Finanzminister Burián sprach sich aus formalen Gründen dagegen aus.⁶⁷⁾

In der Präsidialkonferenz vom 5. Februar verlangten die serbischen Vertreter weitere drei Wochen Arbeit im Budgetausschuß, die Zulassung des Antrags Stojanović auf die Tagesordnung und die Erfüllung kroatischer und mohammedanischer Forderungen. Mohammedaner und Kroaten traten diesmal ganz klar gegen ein solches Junktim auf. Die Kroaten drohten sogar, den Sprachentwurf Nikola Mandićs auf die Tagesordnung zu setzen (dieser war absolut gegen die serbischen Interessen), falls der Antrag Stojanović auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte.⁶⁸⁾

Noch am 6. Februar war Benko der Meinung, daß die Spannungen zwischen den Parteien nachgelassen hätten, weil die Serben den Antrag Stojanović und die Kroaten ihren Sprachentwurf zurückgezogen hätten.⁶⁹⁾ Am 8. Februar kam es jedoch zum Eklat. Die serbischen Vertreter im Budgetausschuß, Milan Srškić, Uroš Krulj und Ljubo Simić, legten ihre Referate aus Protest gegen das ihrer Meinung nach mangelnde Entgegenkommen der Regierung nieder.⁷⁰⁾ Die »Srpska Rijječ« charakterisierte die dadurch entstandene Situation recht treffend mit »splendid isolation« der Serben.⁷¹⁾

In der Generaldebatte legten Pero Stokanović und Vasilj Grđić den Standpunkt des Serbischen Klubs dar, wobei sie allgemeine Kritik an der Verwaltung übten.⁷²⁾ In der Spezialdebatte, die am 2. März begann, brachten die serbischen Abgeordneten auch inhaltliche Kritik

⁶⁴⁾ PrBH 77/1911; Benko an das GFM vom 14. 1. 1911.

⁶⁵⁾ PrBH 77/1911; Benko an das GFM vom 18. 1. 1911.

⁶⁶⁾ PrBH 133/1911; Benko an Burián vom 31. 1. 1911 (Telegramm).

⁶⁷⁾ PRBH 133/1911; Burián an Benko vom 31. 1. 1911 (Telegramm).

⁶⁸⁾ PrBH 161/1911; Benko an das GFM vom 5. 2. 1911 (Telegramm).

⁶⁹⁾ PrBH 169/1911; Benko an das GFM vom 6. 2. 1911 (Telegramm).

⁷⁰⁾ PrBH 179/1911; Benko an das GFM vom 8. 2. 1911 (Telegramm).

⁷¹⁾ »Српска Ријеч«, 19/27. 1. 1911.

⁷²⁾ Stenografski izvještaji, Bd. II, II, LX, S. 1006f und Bd. II, LXII, S.

vor. Jovo Simić legte in einem großangelegten Referat die grundsätzlichen Einwände dar.⁷³⁾ Am 1. April wurde der Budgetvoranschlag mit den Stimmen von Kroaten und Mohammedanern in dritter Lesung verabschiedet.⁷⁴⁾

Der Serbische Klub vermochte durch seine taktischen Manöver den kroatisch-mohammedanischen Block nicht zu sprengen, im Gegenteil, Kroaten und Mohammedaner rückten immer näher zusammen, und der Serbische Klub befand sich isoliert in der Position der Opposition.

Die Kmetenunruhen im vergangenen Herbst brachten den Serbischen Klub in große Schwierigkeiten. Einerseits mußte er nun erst recht für die obligatorische Lösung der Agrarfrage eintreten, andererseits wußte man genau, daß man dadurch die Oppositionsrolle weiter vertiefen würde.

Die »Srpska Riječ« — Gruppe unter den Abgeordneten hatte es leichter, sich die Möglichkeit einer Mitarbeit in der sich formierenden kroatisch-mohammedanischen Sabormehrheit nicht zu verbauen. Diese Gruppe mußte nicht voll auf die Bedürfnisse der Landbevölkerung Rücksicht nehmen, da ihre Vertreter beinahe ausnahmslos in der ersten und zweiten Kurie gewählt worden waren. Anfang Dezember 1910 verständigte Vojislav Sola Baron Benko vertraulich, daß er und einige weitere Mitglieder des Klubs eine durch die Ablehnung der Regierungsvorlage zur fakultativen Kmetenablösung entstehende Aufregung sehr ernst beurteilten und sich sich mit dem Gedanken beschäftigten, die obligatorische Lösung aufzugeben, falls einige Änderungen am Regierungsentwurf vorgenommen würden. Durch das Gesetz sollten die Rechte der Agas gewahrt bleiben und der Kmetenbesitz in der Kmetenfamilie gestärkt werden. Das Gesetz über die fakultative Kmetenablösung wäre umzuformen in ein Gesetz über die Erteilung von Hypothekendarlehen an die Landwirtschaft im allgemeinen.⁷⁵⁾

Finanzminister Burián erklärte sich im Prinzip mit dem vorgelegten Angebot einverstanden, wenn der Grundsatz der Freiwilligkeit der Kmetenablösung gewahrt blieb.⁷⁶⁾

Nichts desto Trotz berichtete die »Srpska Riječ« am 2. Februar, daß alle serbischen Abgeordneten geschlossen den Standpunkt der obligatorischen Lösung beibehalten würden, denn sie seien aufgrund dieses Programmes gewählt worden. Es bestünde zwar keine Aussicht, daß eine solche Lösung der Agrarfrage der Allerhöchsten Sanktion unterbreitet werde, außer, die Kroaten würden auch dafür stimmen. Die schlechten Aussichten würden die serbischen Abgeordneten jedoch nicht daran hindern, für die obligatorische Lösung zu arbeiten.⁷⁷⁾

⁷³⁾ Ebda, Bd. II LXXIX, S. 1664ff.

⁷⁴⁾ PrBH 481/1911; Benko an das GFM vom 1. 4. 1911 (Telegramm).

⁷⁵⁾ PrBH 1883/1910; Benko an Burian vom 4. 12. 1910 (Telegramm).

⁷⁶⁾ PrBH 1883/1910; Burián an Benko vom 6. 12. 1910 (Telegramm).

⁷⁷⁾ »Српска Ријеч«, 13/20. 1. 1911.

Im Agrarausschuß des Landtages entschieden sich die mohammedanischen und kroatischen Vertreter am 8. März gegen den Antrag des Šćepan Grđić, der ein Zurückziehen der Regierungsvorlage und das Einbringen einer Vorlage über die obligatorische Lösung forderte.⁷⁸⁾

Als am 22. März festgelegt wurde, daß nach dem Budgetabschluß die Agrarfrage und nicht die Sprachenfrage auf die Tagesordnung kommen werde, erklärten die Kroaten, gegen eine fakultative Regelung stimmen zu wollen.⁷⁹⁾

Am 30. März wurde die Arbeit im Agrarausschuß beendet. Die serbischen Vertreter zogen den Antrag Stojanović zurück.⁸⁰⁾ Kurze Zeit schien es, als könnten die serbischen Abgeordneten die Situation offen halten.

Am 31. März, also noch vor Beginn der Agrardebatte im Plenum, kam es jedoch zur Unterzeichnung eines kroatisch-mohammedanischen Paktes. Der aus zehn Punkten bestehende Vertrag⁸¹⁾ sah u. a. vor, daß die Mohammedaner für die kroatische Sprachengesetzvorlage und die Kroaten für die fakultative Lösung der Ablösefrage stimmen werden. Bezüglich der staatsrechtlichen Frage hieß es im Punkt (1) der Vereinbarung, daß »wir Mohammedaner auf dem Standpunkt der Autonomie für Bosnien und die Hercegovina in staatsrechtlicher Verbindung mit der Monarchie stehen«.

Mit dieser Kompromißformel konnten die Mohammedaner die Autonomiekonzeption einbringen, und die Kroaten mußten nicht auf ihre Trialismus-Konzeption verzichten. Denn es war ein autonomer Status für Bosnien und die Hercegovina im Rahmen einer trialistischen Lösung genauso denkbar wie eine Autonomie in Verbindung mit der Monarchie den Trialismus keineswegs ausschloß.

Fünf mohammedanische Abgeordnete unter der Führung von Derviš-beg Miralem weigerten sich jedoch, den Pakt zu unterzeichnen, mit der Begründung, an der Sprachen- und Nationalitätenfrage nicht interessiert zu sein. Daraufhin beschlossen die Unterzeichner, durch Nichterscheinen den Sabor arbeitsunfähig zu machen und bei den Neuwahlen die Miralem-Gruppe um die Landtagssitze zu bringen.

Für die serbischen Abgeordneten bot sich durch das drohende Ausscheiden der mohammedanischen Abgeordneten die vorläufig letzte Chance, sich für die Regierung unentbehrlich zu machen. Der Serbische Klub erklärte sich unter den gegebenen Umständen sofort bereit, für die Regierungsvorlage über die fakultative Lösung der Kmetenfrage zu stimmen. Eine mit Hilfe der Serben gebildete Regierungsmehrheit wür-

⁷⁸⁾ PrBH 345/1911; LR an das GFM vom 8. 3. 1911 (Telegramm).

⁷⁹⁾ PrBH 426/1911; Benko an das GFM vom 22. 3. 1911.

⁸⁰⁾ PrBH 472/1911; LR an das GFM vom 31. 3. 1911.

⁸¹⁾ Die bisher einzige Veröffentlichung des Vertragstextes bei Muhamed Hadžijahić, *Od tradicija do identiteta. Geneza nacionalnog pitanja bosanskih muslimana*, Sarajevo 1974, S. 207f.

de weiters dafür sorgen, daß auch noch alle weiteren Regierungsvorlagen vor Abschluß der Session verabschiedet würden. Sollten die rüchtrittswilligen Abgeordneten dennoch in den Sabor zurückkehren, würden einige serbische Abgeordnete gegen den Entwurf stimmen, um den in der Öffentlichkeit vertretenen Klubstandpunkt zu wahren. Der Klub bat ausdrücklich, den Finanzminister über seinen Standpunkt in Kenntnis zu setzen.⁸²⁾

Zwar kam es unter dem Druck Benkos nicht zu einem Fernbleiben der kroatisch-mohammedanischen Arbeitsmajorität, dieser Vorfall zeigt jedoch sehr deutlich, daß die serbischen Abgeordneten — unter gewissen Umständen natürlich — gerne bereit gewesen wären, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um die Oppositionsrolle abzuschütteln.

In der Generaldebatte über die Regierungsvorlage zum fakultativen Kmetenabkauf gab Gl. Jeftanović eine Erklärung zugunsten der Regierungsvorlage ab. Er sei, betonte er, schon immer auf dem Standpunkt gestanden, daß unter den bestehenden Verhältnissen die fakultative Lösung besser und nützlicher für Kmet und Aga sei. Er sei stets ein Vorkämpfer der Idee einer Zusammenarbeit zwischen orthodoxen Serben und Mohammedanern gewesen. Diese Zusammenarbeit habe zwar große Erfolge, aber auch großes Leid für diese zwei Bevölkerungsgruppen gebracht. Deshalb lade er Serben und Mohammedaner an dieser Stelle ein, die gemeinsame Arbeit und den gemeinsamen Kampf fortzusetzen.⁸³⁾

Die Debatte verlief ungewöhnlich ruhig. Am 5. April wurde die Regierungsvorlage mit den Stimmen der Kroaten, Mohammedaner und der serbischen Abgeordneten aus der ersten und zweiten Kurie, wie vorher im Serbischen Klub beschlossen,⁸⁴⁾ angenommen. Die serbischen Abgeordneten der dritten Kurie stimmten dagegen.

Das neue Gesetz sollte einen weitaus rascheren Verlauf der Kmetenablösungen bringen. Während in den Jahren 1879 bis Ende des Jahres 1910 28.421 Kmetenansäßigkeiten abgelöst worden waren, wurde in dem kurzen Zeitraum von Jänner 1912 bis Ende des Jahres 1913 10.974 Kmeten abgelöst.⁸⁵⁾

*
* *
*

Die am 12. April 1911 abgeschlossene erste Session des Landtages hinterließ also relativ klar erkennbare Umrissc. Eine Regierungskoalition bestehend aus Kroaten, einem Großteil der Mohammedaner

⁸²⁾ PrBH 493/1911; LR an das GFM vom 3. 4. 1911.

⁸³⁾ Stenografski izvještaji, Bd. II, LXXXVI, S. 1965f.

⁸⁴⁾ »Народ«, 159/14. 1. 1912.

⁸⁵⁾ Feifalik, 22f.

und ungefähr zehn Abgeordneten der serbischen Čaršija (die Zahl schwankte, weil sie u.a. auch vom Ausgang der Nachwahlen abhängig war), bildete sich heraus und verfestigte sich im Laufe der Zeit zusehends. In der Opposition verblieben die restlichen serbischen und sechs mohammedanische Abgeordnete.

Ausschlaggebend für die Anlehnung der Čaršija an die Regierung war ihre ökonomische Situation und die damit verbundene Überzeugung, daß man in positiver Zusammenarbeit mit der Regierung mehr politische Ziele verwirklichen konnte als in prinzipieller Negierung der Regierungsinteressen.

Was aus taktischen Gründen begonnen hatte, nämlich die Zustimmung einzelner serbischer Abgeordneter zu Regierungsvorlagen, sollte zum Regelfall werden. Die Trennung der serbischen Abgeordneten in ein regierungsfreundliches und ein oppositionelles Lager nahm immer konkretere Formen an und bedeutete in der Folge das Ende einer einheitlichen serbischen Politik.

Die nationalpolitische Programmatik der Serben Bosniens und der Hercegovina erlebte in den Jahren von der Annexion bis zum Ende der ersten Saborsession eine erstaunliche Metamorphose. Bis zum Ende der Annexionskrise standen die Serben, mit Ausnahme der SSP, auf einem exklusiv serbisch-nationalen Standpunkt. Das Bestehen einer kroatischen Volksgruppe in Bosnien und der Hercegovina wurde vollständig gelehnet. Alle Bewohner wurden als Serben betrachtet. Mit der Annexion änderte sich das Verhältnis zu Mohammedanern und Kroaten. Für die bisherigen Bündnispartner, die Mohammedaner, bedeutete die Annexion, daß man mit einer Verbindung mit dem Osmanischen Reich nicht mehr rechnen konnte. Das einzige Bindeglied zwischen Serben und Mohammedanern — die Opposition zu Österreich—Ungarn — ging verloren, weil die Mohammedaner ihre weitere politische Einflußmöglichkeit nur im Einvernehmen mit der Verwaltung gesichert sahen. Im mohammedanisch-kroatischen Abkommen vom 31. 3. 1911 stellten sich die Mohammedaner mehr oder weniger auf die staatsrechtliche Konzeption der Kroaten, die einen Anschluß Bosniens und der Hercegovina an Kroatien wünschten. Für die Serben gingen damit die Mohammedaner nicht nur als Bündnispartner verloren; sie gingen auch in nationalpolitischer Hinsicht verloren. Die Absage der Mohammedaner an die Serben bedeutete, daß der überwiegende Teil der mohammedanischen Führung nicht mehr bereit war, sich für die Zugehörigkeit zur serbischen Nation gewinnen zu lassen.

Für die Serben bedeutete dieses mohammedanische Abschwanken nach der Annexion, daß man eventuell mit den für sie bis dahin nicht existierenden Kroaten einen modus vivendi finden mußte. Ansonsten wären die Serben als stärkste Bevölkerungsgruppe politisch eine Minderheit geworden. Beispielgebend war die serbo-kroatische Koalition in Kroatien, die eine oppositionelle Position einnahm. Eine oppositionelle Haltung zu Österreich—Ungarn kam jedoch für die Kroaten

Bosniens und der Hercegovina nicht in Frage, weil sie ihre Position als kleinste Bevölkerungsgruppe nur in strenger Anlehnung an die Monarchie sichern konnten.

So ergab sich eine Konstellation, die die ökonomisch, kulturell, bevölkerungsmäßig und daher auch politisch dominierenden Serben in eine äußerst schwierige Position brachte. Die Serben waren nicht mehr die dominierende Kraft. Um aus diesem politischen Abseits herauszukommen, hätten sie ihre wichtigsten politischen und nationalpolitischen Forderungen aufgeben müssen, d.h. sie hätten von der mit ihrer Oppositionshaltung verbundenen Autonomieforderung und von der serbisch-nationalen Konzeption abrücken müssen. Die Debatten in den Monaten vor den Wahlen kreisten um diese beiden Punkte und brachte die SVO an den Rand einer Spaltung. Das Wahlprogramm von 1910 brachte einen Kompromiß zwischen beiden Richtungen. Es wurde zwar die unbedingte Loyalität gegenüber der Monarchie bekundet, andererseits aber hielt man an der Forderung nach Autonomie fest. Daran scheiterte schließlich eine im Bereich der Möglichkeiten sich befindliche serbisch-kroatische Koalition. Die Kroaten konnten ein autonomes Bosnien-Hercegovina nicht akzeptieren. Die serbischen Politiker waren aber bereit, ihre serbische nationalpolitische Konzeption für eine Koalition mit den Kroaten zu opfern. Im Wahlprogramm der SVO aus dem Jahre 1910 wurde die serbische Konzeption vollkommen gestrichen. In den Verhandlungen um die Sprachenfrage wurde das Bestehen einer kroatischen Nation de facto anerkannt. Die Serben gingen sogar so weit, daß sie von der ethnischen Einheit («jedinstvo») von Serben und Kroaten sprachen. Die Bewohner Bosniens und der Hercegovina waren demnach nicht mehr Serben, sondern Serbokroaten. Der Druck der politischen Konstellation ließ den nationalpolitischen Serbismus zum Serbokroatismus transformieren. Diese vorerst nur tendenziell wahrnehmbare Wendung wurde in weiterer Folge sehr deutlich auch programmatisch umgesetzt.

РЕЗИМЕ

СРПСКА ГРАЂАНСКА ПОЛИТИКА У БОСНИ И ХЕРЦЕГОВИНИ ОД КРАЈА АНЕКСИОНЕ КРИЗЕ ДО КРАЈА ПРВОГ ЗАСЈЕДАЊА САБОРА (1909—1911)

По окончању анексионе кризе, Српска народна организација (СНО) нашла се у тешкој ситуацији, јер су дошла у питање њена дотадашња најважнија политичка одређења: опозициони став према аустроугарској управи, борба за аутономију земље у сарадњи са муслиманским политичарима, као и инсистирање на искључиво српском националном карактеру Босне и Херцеговине. За прагма-

тичне политичаре унутар СНО поставио се проблем како спријечити коалицију између Муслимана и Хрвата и избјећи изолацију у будућем Сабору. У датој ситуацији то је било могуће постићи само напуштањем опозиционог става, па је питање даљег политичког курса у мјесецима по анексији довело СНО на руб распада. Унутар СНО стајале су једна насупрот другој углавном двије групе: група представника српског трговачког грађанства око »Српске ријечи«, која је отворено заступала сарадњу са владом, и група већином млађе интелигенције, која је била за опозициони курс. Писац на основу изворне грађе зрати неуспјеле покушаје групе око »Српске ријечи« да образује нову лојалну групацију, односно да СНО претвори у влади блиску организацију. Подробно су приказане и расправе између умјерених и опозиционара о садржају изборног програма, које су завршиле компромисом и очувањем формалног јединства организације.

На саборским изборима 1910, СНО је, преструктурирана у изборну организацију, однијела пуну побједу над супарничком Српском самосталном странком, да би с почетком рада Сабора, формирањем Српског саборског клуба ушла у нову фазу свог политичког и организационог развитка. Политика Српског клуба била је изразито флексибилна и отворена за сарадњу с хрватском и муслиманском саборском фракцијом, па и Земаљском владом. Циљ је био да се у важним питањима осигура потребна подршка и омогући да СНО у Сабору игра улогу иајјаче политичке снаге у земљи. Како у погледу аграрног питања, посебно актуализираног кметовским немирима, није могао постићи споразум с Муслиманима, учињен је неуспјо покушај да се склопи српско-хрватски пакт на подлози политике »пуног народног јединства«. Аутор посвећује посебну пажњу ставовима српских политичара према националним односима у Босни и Херцеговини и указује како су ти ставови под притиском нове констелације последице анексије еволуирали од ексклузивног српства ка србохрватству. Писац приказује ток политичког развитка у другој половини 1910. и првој половини 1911. године и неуспјела настојања српских политичара да разним тактичким маневрима онемогуће и разбију хрватско-муслимански блок.

Политички резултат првог засједања Босанскохерцеговачког сабора, завршеног 12. априла 1911, био је да је образована провладина коалиција која се састојала од хрватских, највећег дијела муслиманских и групе српских посланика, представника чаршије. На приближавање представника српске чаршије влади утицао је њихов економски положај и с тим у вези њихово увјерење да у сарадњи с владом могу политички више постићи него начелним негирањем владиних интереса. Оно што је почело из тактичких разлога, да поједини српски посланици гласају за владине приједлоге, постаће је временом правило. Подјела српских посланика на провладин и опозициони табор добијале све конкретније облике и довела је до краја јединствене српске политике у Босни и Херцеговини.